

Das Amt der Landesregierung 1926 bis 1939 war folgendermaßen gegliedert:

- Kzl. A a Landesamtsdirektor
 - 1 Präsidium
- Kzl. B 2 Schulwesen, Denkmalschutz, Volksbildung
 - 3 Fortbildung; zugleich Kanzlei des Landesschulrates
- Kzl. C 4 Wasserangelegenheiten
 - 5 Sozialpolitische Angelegenheiten
 - 6 Gewerbe
 - 7 Verkehrswesen
- Kzl. D 8 Kultus
 - 9 Wahlen, Heimatrecht, Staatsbürgerschaft etc.
 - 10 Agrarlandesbehörde
- Kzl. E 11 Polizei
- Kzl. F 12 Bundesbaudienst
- Kzl. G 13 Gesundheitsdienst
 - 14 Veterinärdienst
 - 15 Forstdienst

Als Aktenbezeichnung wurden der Buchstabe der Kanzleiabteilung sowie die Nummer des Vorreferenten genommen, dann die Zahl (Namen- und Ordnungszahl) und schließlich der Anfangsbuchstabe des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung. Akten sind sowohl im Original (stark skartiert) als auch auf Mikrofilm (vollständiger) erhalten, die inhaltliche Erschließung erfolgt über die im Original und auf Mikrofilm erhaltenen Kanzlei-Indices:

A 1926-37: 12 Sch.

1926-39: 48 Sch., darunter ab 1931 die Aufgabengebiete C/E

C (Elektrizität), C/W (Wasserrecht), C/Gen (Genossenschaften), C/H (Hausiergewerbe) und C/S (Sozialversicherung etc.)

D 1926-39: 82 Sch. (gesonderte Aufgabengebiete erst 1939)

E 1926-39: 36 Sch., darunter die vereinspolizeilichen Akten E/Ver (1929-33) und SD/Ver (1934-38: 5 Sch.; SD = Sicherheitsdirektion)

F 1926-39: 40 Sch.

G 1926-39: 22 Sch.

Reichsstatthalterei 1940-1945

Gleich nach der Übernahme der Verwaltung in Oberösterreich durch das Deutsche Reich wurde eine Zentralregistratur geschaffen, wohin nun alle Abteilungen sowohl des autonomen als des übertragenen Wirkungskreises (Landhaus bzw. Klosterstraße) ihre Akten abzugeben hatten. Als mit 1. November 1939 an die Stelle der Landeshauptmannschaft Oberdonau die Behörde des Reichsstatthalters Oberdonau getreten war, bedeutete der neue Verwaltungsaufbau auch eine

Änderung in Kanzleien und Registraturen. Die Einführung des deutschen Einheitsaktenplanes wurde abgewehrt, lediglich die Gauselbstverwaltung hatte sich nach dem Reichshaushaltsplan zu richten.

Die Kanzleireform vom 1. Jänner 1940 teilte den gesamten Wirkungskreis der Behörde des Reichsstatthalters in Oberdonau in sechs Abteilungen:

Abt.
Z Zentrale Verwaltungsangelegenheiten

Abt. I Allgemeine und Innere Angelegenheiten (Unterabt. Ia-Ic)

Abt. II Erziehung, Volksbildung, Kultur, Gemeinschaftspflege (Unterabt. IIa-IId)

Abt. III Volkspflege (Unterabt. IIIa-IIIb)

Abt. IV Landwirtschaft, Siedlung und Umlegung, Wirtschaft und Arbeit (Unterabt. IVa-IVd) - Abt. IVc/s

Abt. V Bauwesen, Wasserwirtschaft (Unterabt. Va-Ve)

Nach kleineren Anpassungen erfolgten ab 1943 tiefgreifende Umstellungen (Auflösung der Unterabteilung IVc Wirtschaft und Arbeit) und Zusammenlegungen, die schon wegen der kriegsbedingten Personal- und Raumengpässe vorgenommen werden mussten. In die Kanzlei-Praxis wurden diese Umgliederungen nur mehr teilweise umgesetzt. Die "kriegsbedingten Stilllegungen" ganzer Unterabteilungen führten schließlich dazu, dass heute die Aktenführung der letzten Kriegsphase in manchen Sachgebieten unübersichtlich und verwirrend erscheint. Im folgenden eine Liste der Organisationseinheiten, von denen nennenswerte Aktenbestände im Original oder auf Mikrofilm vorhanden sind (in Klammer das Aktenzeichen):

- Gemeindeangelegenheiten (Ia/G, 1938/39 G.R.)
- Polizeiangelegenheiten (Ia/Pol)
- Personenstand (Ia/St)
- Gewerbe- und Arbeitsrecht, Verkehr, Banken und Sparkassen (Ib ab 1.1.1944: Neubildung aus den früheren Sachgebieten IVc/W3,W4 u. a., darunter auch Ib/J "Entjudung")
- Personal und Besoldungsangelegenheiten (Ib/P)
- Erziehung, Volksbildung, Kultur und Gemeinschaftspflege (II)
- Landwirtschaft (IVa)
- Siedlung und Umlegung (IVb), darunter Neubildung "Entjudung" (IVb/N)
- Wirtschaft und Arbeit (IVc: Auflösung 31.12.1943, Aufgaben an Ib)
- Obergewerbeamt (OVA)
- Hochbau (Va)
- Straßenwesen (Vb)
- Zentrale Verwaltungsangelegenheiten (Z)

Erschwerend wirkt sich bei der Arbeit mit den Akten der Reichsstatthalterei aus, dass manche Agenden nahtlos über das Ende des Zweiten Weltkrieges fortgeführt wurden bzw. werden mussten, so dass die (nationalsozialistischen) Vorakten im Aktenbestand nach 1945 aufgingen. Auch die Rückgängigmachung verschiedener nationalsozialistischer Maßnahmen (Enteignungen, "Arisierungen" etc.) und die Aufsplitterung früherer Aufgabengruppen führten zur Zerstreuung wesentlicher Aktengruppen der Reichsstatthalterei. Manche dieser Sonderüberlieferungen kamen zu unterschiedlichsten Zeitpunkten und Gelegenheiten als selbstständige Registraturen in das Oberösterreichische Landesarchiv und wurden hier als eigene Bestände mit inhaltsbezogenen Namen aufgestellt.

Literatur: Conrad Rauch, Oberösterreichische Amtsregistraturen (Manuskript, Linz 1953)